

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses vom Donnerstag, 24. März 2011

Sitzungsleiter: Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer: Herr Ipsen

Anwesend waren die Stadträtinnen Anhalt, Bachmeier (stellvertretend für Stadträtin Dr. Luther), Platzer (stellvertretend für Stadträtin Schurer), Rauscher, Schmidberger sowie die Stadträte Abinger (stellvertretend für Stadtrat Brilmayer), Gietl und Schechner.

Beratend nahm der stellvertretende Bürgermeister Ried an der Sitzung teil.

Von der Verwaltung waren anwesend Frau Pfleger, Herr Napieralla und Herr Ipsen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Verwaltungsausschusses fest. Herr Brilmayer weist auf die Eröffnung des Geschäftes von Herrn Weber an der Münchner Straße hin und bittet um Bekanntgabe des Termins (31.03.2011, 19.00 Uhr) in den Fraktionen.

TOP 1

Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Arbeitskreises Energiewende auf Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes

öffentlich

Auf die Vorlage der Hauptverwaltung vom 28.02.2011 wird verwiesen. Ein Förderantrag ist vorsorglich gestellt worden, um nicht im Falle eines positiven Beschlusses wegen später Antragstellung eine Förderabsage zu erhalten.

Bürgermeister Brilmayer verliest den Antrag des Arbeitskreises Energiewende 2030 mit folgendem Wortlaut:

Zur Umsetzung der landkreisweiten Energiewende 2030 hält der AK 2030 der Stadt Ebersberg die Ausarbeitung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für dringend notwendig.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss möge deshalb beschließen:

1. Die Stadt Ebersberg erstellt ein integriertes Klimaschutzkonzept mit intensiver Bürgerbeteiligung. Hierzu beauftragt sie die Bietergemeinschaft Green City Energy und KlimaKom Kommunalberatung gemäß dem Angebot vom Februar 2011.
 2. Die notwendigen Mittel werden in den Haushalt des Jahres 2011 sowie in den Folgehaushalt eingestellt. (Angebotshöhe ca. 80.000 €, Förderhöhe durch das Bundesumweltministerium 50 bis 65 %, Anteil für die Stadt Ebersberg, verteilt auf die Jahre 2011 und 2012 ca. 34.500 €). Die jeweils höchstmögliche Förderung ist zu beantragen.
 3. Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat diesen Antrag zum Beschluss.
-

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Antrag des Arbeitskreises Energiewende 2030 zuzustimmen. Die finanziellen Mittel sind entsprechend in den Haushalten 2011 und 2012 einzustellen.

TOP 2

Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2011

öffentlich

Nach kurzer Einleitung zur Haushaltsplanaufstellung 2011 durch Bürgermeister Brilmayer führt Stadtkämmerer Napieralla folgendes aus:

Mit Schreiben vom 10.03.2011 wurde den Mitgliedern des Ausschusses ein in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichener Entwurf des Verwaltungshaushalts 2011 zugesandt. Ebenso ein Entwurf des Vermögenshaushalts, welcher aber bei den Einnahmen und Ausgaben noch eine Differenz in Höhe von € -4.903.500 ausweist. Den zugesandten Entwürfen waren beigelegt:

- Haushaltssatzung,
- Gesamtpläne,
- Kurzerläuterungen,
- Rücklagen- und Schuldenübersicht,
- Stellenplan,
- Personalkostenstatistik,
- Investitionsplanung und
- eine Liste über Positionen, welche im Haushaltsentwurf vorerst nicht berücksichtigt worden sind.

Mit Schreiben vom 06.12.2010 wurden alle Abteilungsleiter, sowie HH-verantwortlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgefordert, ihre Mittelanforderungen abzugeben. Diese Zahlen wurden anschließend im vorliegenden Entwurf unter Beachtung der bisherigen Haushaltsansätze, dem tatsächlichen Ist-Ergebnis aus den Vorjahren und verschiedenen Veränderungen bzw. Notwendigkeiten für das Haushaltsjahr 2011 eingearbeitet.

Es galt auch heuer, alle beantragten Haushaltsmittel zu berücksichtigen und in den Haushaltsentwurf einzuarbeiten. Sollte dies nicht möglich sein, sollten nicht enthaltene Anforderungen auf einer gesonderten „Positionsliste“ aufgezählt werden.

Der nunmehr vorliegende 1. Haushaltsentwurf schließt im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils € 22.527.000. Diese Summe ist um € 1.016.600 höher als im Vergleich zu 2010.

Im Vermögenshaushalt liegt mit einem Ausgabevolumen von € 13.098.700 und einer Einnahmesumme von € 8.195.200 vorerst noch eine Differenz von: € -4.903.500 vor.

Für Wasser- und Kanalinvestitionen sind im Haushalt 2011 keine Kreditaufnahmen vorgesehen, denn die geplanten Einnahmen übersteigen in diesem rentierlichen Bereich die Ausgaben bzw. „kommen denen gleich“.

Ansonsten sind bis jetzt für keine der im Vermögenshaushalt eingeplanten bzw. bereits begonnenen Investitionen Kreditaufnahmen vorgesehen, wie z. B. für die Schulsanierung Schule Baldestraße, den Umbau des alten Gesundheitsamts zum Familienzentrum, einen Investitionszuschuss zur Errichtung eines neuen Kindergartens St. Bendikt oder für den Beginn des Stadtsaalausbaus.

Deshalb liegt im ersten Entwurf immer noch eine Deckungslücke von ca. € 4,9 Mio. vor.

Der Mindestzuführungsbetrag vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt (das entspricht der Summe der regulären Schuldentilgungen in Höhe von € 641.642 -gerundeter Ansatz von € 644.000- ist mit € 1.156.800 ordnungsgemäß hoch veranschlagt. Hiermit verbliebe eine sog. „freie Spitze“ von € 512.800.

Aber:

Diese sog. „freie Spitze“ ist nur möglich, weil vorher aus der Rücklage u. a. 2,2 Mio. Euro über den Vermögenshaushalt entnommen und für den laufenden Betrieb im Verwaltungshaushalt, genauer gesagt für die Bezahlung der Kreisumlage, und für zu erwartende Gewerbesteuererückerstattungen eingesetzt wird. Dieses Vorgehen ist mit der Rechtsaufsicht einvernehmlich besprochen.

Wären diese Mittel in den vergangenen Jahren nicht angespart worden, könnte aus jetziger Sicht heuer keine Mindestzuführung erfolgen, im Entwurf des vorliegenden Verwaltungshaushalts würde es sogar einen Minusbetrag geben.

Alle Ansätze im Verwaltungshaushalt vom Einzelplan 0 „Allgemeine Verwaltung“ bis hin zum Einzelplan 9 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ wurden ordnungsgemäß berechnet bzw. wo dies nicht möglich war, nach bestem Wissen und Gewissen ordnungsgemäß geschätzt.

Im Jahr 2010 sind wenige Ausgabeansätze z. T. geringfügig nach oben gerundet worden.

Hier wurde in den Haushaltsberatungen nachgefragt –bzw. diskutiert.

Dennoch musste -wie geschehen- zum Jahreschluss 2010 bei insgesamt ca. 100 (!!!)

Haushaltsstellen zur Vermeidung von überplanmäßigen Ausgaben die Deckungsfähigkeit von anderen Haushaltsstellen in Anspruch genommen werden.

Kurze Begründung: abweichende Abrechnungen, nicht eingeplante u. nicht vorhersehbare Sonderausgaben, z. B. auch Kosten für nicht vorhersehbare Kleinreparaturen, aber auch von den Gremien per Beschluss vorgegebene zusätzliche Ausgaben usw. usw.

Nicht verbrauchte Kleinreserven im „100er und 1.000er Euro-Bereich“ im Verwaltungshaushalt wurden am Jahresende „1 : 1“ dem Vermögenshaushalt -sprich den Rücklagen- zugeführt, welche bereits heuer wieder die beschlossenen Großinvestitionen finanziell mit abdecken.

Verwaltungshaushalt

Basierend auf den Rechnungsergebnissen aus den Vorjahren, Sollstellungen zu Beginn des Kalender- u. Haushaltsjahres 2011 u. den vielen Mittelanforderungen der Kolleginnen u. Kollegen für den laufenden Betrieb wurden wie alle Jahre die Ansätze festgelegt.

Die Personalkostenentwicklung sowie die „großen“ Steuereinnahmen bzw. Umlagenpositionen aus dem Einzelplan 9 „allgemeine Finanzwirtschaft“ werden anhand von Schaubildern kurz dargestellt:

- Personalkosten (Anlage 1)
- Grundsteuer A und B (Anlage 2)
- Gewerbesteuer, Gewerbesteuerumlage (Anlage 3)
- Einkommensteuerbeteiligung (Anlage 4)
- Kreisumlage (Anlage 5)
- Zuführungsbeträge (Anlage 6)

Vermögenshaushalt

Für den Vermögenshaushalt hat die Stadtkämmerei versucht, alle Mittelanforderungen einzustellen – dies ist leider nicht möglich gewesen.

Die im Vermögenshaushalt nicht enthaltenen Positionen liegen als Tischvorlage vor. Den Mitgliedern liegen Kurzerläuterungen für den Vermögenshaushalt vor.

Folgende Investitionsmaßnahmen werden mit dem Hinweis zusammengefasst benannt, dass noch eine Deckungslücke von über 4,9 Mio. Euro -ohne Kreditaufnahmen- besteht.

• Gebäudeumbau u. bewegliches Vermögen im Rathaus	€	210.000
• Neue Fenster/Heizungsanpassung im FFW-Gebäude EBE		
bewegliches Vermögen Feuerwehren	€	51.500
• Gebäudeumbau u. bewegliches Vermögen der Schulen (ohne Generalsanierung)	€	335.000
Generalsanierung Schule Baldestraße 2011	€	3.200.000
• Ausgaben für Ausgleichsflächen, Novellierung FNP u. Landschaftspflegeplan, sowie bew. Vermögen MWU u. Bücherei	€	88.000
- hier: Einnahmen vom Landkreis für Ausgleichsflächen	€	10.000
• bew. Vermögen für den Bereich Kinder und Jugend,	€	6.000
• Investition für den KiGA St. Benedikt u. Raumausstattung der Kinderkrippe im Familienzentrum	€	1.325.000
• Ausgaben für den Bereich Sport, Familienbad und Grünanlagen	€	323.000
- Einnahmen	€	45.000

Ausgaben u. a. Fertigstellung u. Pflegegeräte Kunstrasenplatz ca. € 200.000
(Einnahmen WWA-Zuw. Entschlammung Gotzl. Weiher € 45.000)

• Ausgaben für Bauhof- u. Straßeninvestitionen, Bahnübergänge, Gehwege	€	812.000
hier enthalten: Ankauf einer neuen Kehrmaschine, Sanierung Bahnübergänge, Ausbesserung bestehender Straßen, Gehwege, Beginn Umbau Kurt-Rohde-Platz bewegliches Kleinvermögen für unseren Handwerker-Bauhof		
• Ausgaben für Straßenbeleuchtung u. Straßenreinigung	€	41.000
• Ausgaben f. eine Parkeinrichtung (1. AZ TG)	€	505.000
abgedeckt mit einer RL-Entnahme in Höhe von € 500.000		
• Ausgaben für Abwasserbeseitigung	€	862.000
hier allein enthalten u. a. Ausgaben f. d. Kanalisation Ober-Unterlaufing € 635.000 bei den Einnahmen in Einzelplan 7 ist heuer u. a. ein Zuschuss v. WWA Rosenheim f. d. Hochwasserfreilegung i. H. v. € 700.000 (€ 865.000?) enthalten		
• Ausgaben für die Abfallbeseitigung, für das Bestattungswesen, und für Bürgerhaus u. Buswartehäuschen	€	16.000
• Ausgaben für die Wasserversorgung	€	350.000
• Ausgaben für Veranstaltungsräume (Stadtsaal)	€	600.000
Einnahmen Städtebauförderung € 200.000		
• Ausgaben für Fertigstellung des Familienzentrums	€	1.401.000
• Einnahmen FAG f. Kinderkrippe	€	336.600
• Einnahmen durch Grundstücksverkäufe	€	190.000

Zum Einzelplan 9 „allgemeine Finanzwirtschaft“ wird eine Rücklagen- und Schuldenübersicht dargestellt:

- Rücklagen (Anlage 7 a und b)
- Schulden (Anlage 8 a und b)

Herr Napieralle führt abschließend aus:

Der vorliegende Entwurf des Verwaltungshaushalts kann, was die Einnahmen bei der Einkommensteuer und Gewerbesteuer betrifft, als „realistisch“ bezeichnet werden. Die Ansätze sind auf der **in Anführungsstrichen** „sicheren Seite“ festgelegt. Vorsichtige, darüber hinaus gehende, positive Erwartungen können gerne diskutiert werden – ob sie am Jahresende zutreffen - *bleibt dennoch ein Fragezeichen*.

Weiter ist hier konkret zu benennen, dass der vorliegende Ausgleich nur möglich ist, weil 2,2 Mio. € in die „falsche Richtung“ veranschlagt sind.

Es wird gehofft, dass diese Summe heuer nicht zu 100% nötig sein wird; denn sollte dies wider Erwarten vollständig zutreffen, wäre die Haushaltsplanaufstellung 2012 und insbesondere darüber hinaus äußerst schwierig!

Vor diesem Hintergrund sollte wohl durchdacht sein, wie sich Kosten im Verwaltungshaushalt begrenzen lassen. Es sollten weiter laufend konkurrierende Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben auf Finanzierbarkeit geprüft werden.

Der Vermögenshaushalt 2011 steht klar im Lichte von „Großinvestitionen“. Alleine bei der Generalsanierung unserer Schule Baldestraße handelt es sich um die größte Investition seit ca. 40 Jahren.

Weiter steht an: Fertigbau des Familienzentrums sowie die finanzielle Beteiligung am Bau eines neuen Kindergartens. Zudem ist eingeplant, zeitgleich in 2011 mit dem Ausbau des Stadtsaals zu beginnen, was sicherlich beim Vorliegen eines Zuschuss-Bewilligungsbescheids von über 2,4 Mio. richtig ist.

Diese aufgezählten Maßnahmen alleine stellen die Stadt vor größte finanzielle Herausforderungen.

Die vorher dargestellte Zuführung in den Vermögenshaushalt, sog. „freie Spitze“, bietet jedoch keine Investitionsmöglichkeit. Die z. T. erheblichen bzw. großen Einnahmepositionen im Vermögenshaushalt 2011 sind: RL-Entnahmen und staatliche Zuschüsse und dennoch – diese reichen nicht aus um den vorliegenden Vermögenshaushalt auszugleichen.

So muss letztendlich auch hier um Vorschläge gebeten werden, wie die noch vorhandene Differenzsumme von über 4,9 Mio. € ausgeglichen werden kann.

Darüber hinaus wird mitgeteilt, dass auch die Finanz- und Investitionsplanung für 2012 mit 5,7 Mio. € und für 2013 mit 2,9 Mio. € nicht ausgeglichen ist. Hierbei sind ebenfalls keine Kreditaufnahmen vorgesehen.

Soweit dies gelingt, bitte ich Sie zum Schluss den anschl. noch auszugleichenden Haushaltsentwurf 2011 (HH-Satzung, Haushaltsplan mit Anlagen) dem Stadtrat am 12.04.11 zur Beschlussfassung zu empfehlen. Die Empfehlung sollte wiederum mit der Maßgabe verbunden sein, einen eventuell verbleibenden Sollüberschuss für zukünftige Haushaltsjahre der Rücklage zuzuführen (hierbei haben wir gute Erfahrungen aus den letzten drei Jahren)

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss stimmte einstimmig mit 9: 0 Stimmen beiden „Streichlisten“ zu und war ohne Gegenrede damit einverstanden, dass die dort festgehaltenen Positionen nicht im Haushalt 2011 berücksichtigt werden.

Hinsichtlich der nunmehr eingestellten Gesamtkreditaufnahme im Rahmen des Haushalts 2011 ermächtigte der Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen die Verwaltung, ggf. die entsprechenden Verträge mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu unterzeichnen bzw. abzuschließen, ohne dass hierzu nochmals ein Beschluss erforderlich wäre.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dass der Haushaltsausgleich mittels Kreditaufnahme in Höhe von € 4.903.500 zu erfolgen hat. Ebenso besteht Einverständnis im Gremium, die Deckungslücken der vorliegenden Finanz- und Investitionsplanung für 2012 und 2013 mittels summenmäßiger und zeitlicher Maßnahmenanpassungen bzw. Kreditaufnahmen auszugleichen.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat nach ausführlicher Diskussion einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, den nach der o. g. notwendigen Kreditaufnahme vorliegenden ausgeglichenen Haushaltsentwurf (Satzung, Haushaltsplan, Anlagen) zu beschließen. Diese Empfehlung ist mit der Maßgabe verbunden, am Jahresende einen eventuell verbleibenden Sollüberschuss wieder der Rücklage zuzuführen.

TOP 3

Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Übernahme der Standesamtsaufgaben der Verwaltungsgemeinschaft Aßling

öffentlich

Die Verwaltungsgemeinschaft Aßling hat die Stadt Ebersberg gebeten, die Standesamtsaufgaben angelehnt an die Regelung mit dem Markt Kirchseeon zu übernehmen.

Die Stadt Ebersberg würde danach ab dem 01.07.2011 sämtliche Standesamtsaufgaben für die Verwaltungsgemeinschaft Aßling ausführen und der Standesamtsbezirk Ebersberg würde sich ab diesem Zeitpunkt auch auf das Gebiet der drei Gemeinden Aßling, Emmering und Frauenneuharting erstrecken. Die Verwaltungsgemeinschaft Aßling hebt die Bestellung der bisher von ihr bestellten Standesbeamten mit Ablauf des 30.06.2011 auf. Die Bürgermeister der drei Gemeinden in der Verwaltungsgemeinschaft Aßling können aber weiterhin Trauungen vornehmen. Der beabsichtigte Vertrag liegt als Anlage bei. Die zu zahlende Gebühr ist angelehnt an die Regelung mit dem Markt Kirchseeon kalkuliert worden.

Innerhalb des Standesamtes hätte diese weitere Übernahme zur Folge, dass die letzte „Fremdaufgabe“ im Standesamt, die Redaktion des Stadtmagazins, dort nicht mehr erledigt werden kann. Das wäre auch gut so, da es immer wieder durch „redaktionellen Besuch“ zu Störungen der eigentlichen Standesamtstätigkeiten gekommen ist.

Die Redaktion des Stadtmagazins könnte durch eine Mitarbeiterin der Kämmerei übernommen werden, die ihr jetziges Stundenkontingent von 19,5 pro Woche um höchstens 5 Stunden pro Woche (Einschätzung der bisherigen Mitarbeiterin) aufstocken würde.

Die dadurch entstehenden Mehrkosten in Höhe von etwa 4.600 € pro Jahr wären allein schon durch die Pauschalgebühr der Verwaltungsgemeinschaft Aßling (ca. 8.400 € pro Jahr) abgedeckt.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die Vereinbarung über die Übertragung der Aufgaben des Standesamts mit der Verwaltungsgemeinschaft Aßling abzuschließen.

Auch der Zweckvereinbarung über zur Übertragung der entsprechenden Archivpflege wird einstimmig zugestimmt.

TOP 4

Bericht über Benutzungsentgelte für die Volksfesthalle und den Volksfestplatz

öffentlich

Gemäß TOP 6a der Sitzung des Stadtrates vom 02.11.2010 wird über die Benutzungsentgelte für die Volksfesthalle und den Volksfestplatz berichtet.

Den Mitgliedern des Ausschusses werden die vom Stadtrat festgelegten Tarife, die im letzten Jahr erzielten Einnahmen und sowohl die in den letzten sieben Jahren vom Volksfestverein bezahlten Pachten als auch die von der Stadt an den Eigentümer zu zahlenden Pachten benannt.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass einige Nutzer nach Rechnungsstellung einen Zuschuss in gleicher Höhe wie die Miete bekommen haben, die Monstertruck-Show ist abgesagt worden. Von den anderen Nutzern bekommen die Faschingsgesellschaft, die BSG Ebersberg, der TSV Ebersberg und der Kreisjugendring Zuschüsse von der Stadt.

TOP 5

Verschiedenes

öffentlich

a) Spendenbericht

Stadtkämmerer Napieralla informiert den Ausschuss über die seit der letzten Sitzung für verschiedene Zwecke bei der Stadt eingegangenen Spenden (Anlage 13).

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die Spenden anzunehmen und ggf. eine Spendenbescheinigung auszustellen.

TOP 6

Wünsche und Anfragen

öffentlich

- a) Stadträtin Anhalt bittet darum, dass der in der Eichenallee entfernte Baum an anderer Stelle ersetzt werden mag, um nicht weiterhin den Gehsteig dort einzuengen.
- b) Stadträtin Anhalt bittet um Prüfung, ob der Wanderweg von der Gaststätte Gass nach Eggburg im östlichen Bereich mit Holzstegen versehen werden kann, weil sich dort oft sehr viel Wasser sammelt.
- c) Auf die Frage von Stadträtin Platzer kündigt Bürgermeister Brilmayer an, dass es in der nächsten Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses einen Bericht zum Sachstand des Neuen Kommunalen Finanzsystems (NKF) geben wird.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.05 Uhr

Es folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Brilmayer
Sitzungsleiter

Ipsen
Protokollführer